Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 17. | Dresden, Mittwoch den 22. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Es sollen nur 30 Millionen Mark für die Militärluftschiffahrt, sonst aber keine neue Ausgaben für den Militarismus gefordert werden.

Nach Wiener Meldungen steht der Abschluß des Friedens bevor.

Ein bulgarisch-rumänisches Abkommen wird für die nächsten Tage angekündigt.

Ein Ausbruch des Vulkans Colima in Mexiko hat große Verheerungen angerichtet.

Die Akkumulation des Kapitals.

II.

R. Luxemburg meint, Marx habe seine Analyse der kapitalistischen Reproduktion unvollendet gelassen und deshalb selber die Unmöglichkeit der Realisierung des Mehrwertes in der kapitalistischen Wirtschaft übersehen. In Wirklichkeit hat Marx die Notwendigkeit des auswärtigen Marktes für die kapitalistische Produktion wohl eingesehen. Nur ist diese Notwendigkeit für ihn keine absolute, sondern eine bloß relative, eine Notwendigkeit, um die Profitrate nicht allzu rasch sinken zu lassen. Die Bedingungen der Realisation des Produktes sind nach Marx folgende: Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und Konsumtionskraft der Gesellschaft. „Diese letztere ist aber weder durch die absolute Produktionskraft, noch durch die absolute Konsumtionskraft bestimmt; sondern durch die Konsumtionskraft auf der Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist das Gesetz für die kapitalistische Produktion," fügt Marx hinzu, „gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei der Strafe des Untergangs. Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden." . . . (Kapital III, S. 225 und 226.)

Die Notwendigkeit der beständigen Ausdehnung des Marktes wird hier mit aller Schärfe betont. Nur versteht Marx sie in dem Sinne, daß die Jagd nach Profit den Kapitalisten veranlaßt, weit mehr zu akkumulieren, als unter den gegebenen Verhältnissen für den akkumulierten Mehrwert Anlagemöglichkeit zu finden ist. Wäre kein auswärtiger Markt vorhanden, so bliebe den Kapitalisten nichts anderes übrig, als entweder weniger, oder aber billiger zu produzieren, um den Warenmarkt auszudehnen. Das überschüssige Kapital würde die Profitrate dadurch herabdrücken, und das ist die unmittelbare Ursache des Kapital- und Warenexports. „Wird Kapital ins Ausland geschickt," schreibt Marx, „so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden kann. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Auslande beschäftigt werden kann." (Kapital III, S. 238.) Die Verschiedenheit der Profitraten in verschiedenen Ländern, das ist der Grund des Kapitalexports, nicht die absolute Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, den Mehrwert zu realisieren.

Ziemlich genau läßt sich die Reproduktion des Kapitals an der Hand der amerikanischen Statistik verfolgen. Nach den Berichten des Zensus über die Fabrikindustrie der Vereinigten Staaten stellt sich die Akkumulation des Kapitals, der Wert der Erzeugnisse und der gezahlte Lohn wie folgt:

	Kapital	Lohn und Gehalt	Gesamtwert der Erzeugnisse	Neugeschaffener Wert +
	in Milliarden Dollar:			
1899	18.42	4.36	20.67	8.58
1904	12.67	3.18	14.79	6.99
1909	8.97	2.39	11.41	4.88

Unter „neugeschaffenem Wert" versteht man den Wert der Erzeugnisse ohne Rohmaterial. Zieht man noch den Lohn und das Gehalt ab, so stellt sich der neugeschaffene Wert auf 2,44, 3,11 und 4,17 Milliarden Dollar.

Davon wäre noch der Wert des verbrauchten fixen Kapitals (Abnutzung der Maschinen, Gebäude usw.) abzuziehen. Nehmen wir an, dieser stelle sich auf 5 Prozent des Kapitals, so erhalten wir für die Jahre 1899, 1904 und 1909 folgende Summen: 448,7 Millionen, 633,78 und 921,41 Millionen. Der Rest von 1,99 Milliarden, 2,48 und 3,25 Milliarden würde also den Mehrwert darstellen. Bei einem durchschnittlichen Mehrwert von 2,5 Milliarden stellt sich die Gesamtsumme des Mehrwertes von zehn Jahren auf 25 Milliarden, von denen 8,5 Milliarden in der Industrie wieder investiert sind. Jährlich wurden also 0,95 Milliarden kapitalisiert. Worauf verwendeten die Kapitalisten den Rest von 1,6 Milliarden?

Der neugeschaffene Wert nach Abzug der Materialkosten und des Ersatzes alter Maschinen stieg von 1899 bis 1909 von 3,38 auf 7,61 Milliarden oder um 3,23 Milliarden. Davon konnten die Arbeiter und Angestellten nur für 4,36 weniger 2,39 gleich 1,97 Milliarden Dollar mehr kaufen. Den Rest von 1,24 Milliarden konnten die Unternehmer ganz aufkaufen.

Die Industrie produziert aber nicht alle Produkte des Landes. Leider besitze ich keine genauen Angaben über die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne. Ich weiß nur, daß die Landwirtschaft gewaltige Summen aufgesaugt hat; in den letzten zehn Jahren über 20,55 Milliarden Dollar. Davon entfallen allerdings auf die Wertsteigerung des Bodens 15,4 Milliarden. Man darf aber nicht annehmen, daß die Wertsteigerung ganz allein durch die Erhöhung der Grundrente verursacht worden ist. Wahrscheinlich ist mindestens die Hälfte auf direkte Kapitalinvestierung zurückzuführen. Es erhebt sich nun die Frage, ob nicht ein Teil des überflüssigen Kapitals der Industriellen nach der Landwirtschaft abgeflossen ist. Außerdem ist in unserer Berechnung der Bergbau und der Verkehr, die ebenfalls gewaltige Summen verschlangen, nicht berücksichtigt worden. Für das Kapital wäre also genügende Beschäftigung in Amerika vorhanden, wohin bekanntlich europäisches Kapital zufließt, während amerikanisches aus den Vereinigten Staaten auswandert. Auch in diesem Falle wirkt also bloß die Verschiedenheit der Profitrate in den einzelnen Ländern.

Der Fehler der sehr abstrakten Betrachtung von R. Luxemburg besteht eben darin, daß die Kompliziertheit des kapitalistischen Betriebes außer acht gelassen wird. Jede geringe Erhöhung der Konsumtion (industriellen oder persönlichen) fordert Unmengen von neuem Kapital und von Arbeitskraft, die zum Teil mit der Produktion unmittelbar wenig zu tun haben. Steigt die Konsumtion der Kapitalisten, so muß das investierte Kapital in viel größerem Verhältnis steigen, so daß der Mehrwert nur zum Teil der gesteigerten Konsumtion dient; der größte Teil wird eben zur Produktion von Produktionsmitteln verwendet, mit deren Hilfe die neuen Konsumtionsmittel geschaffen werden können, sowie zur Bewältigung des Verkehrs gebraucht. Davon schon abgesehen, daß sehr viel Mehrwert dazu verwendet wird, um neue, vervollkommnete Maschinen an Stelle der noch keineswegs abgenutzten zu setzen. Die kapitalistische Produktion erlebt von Zeit zu Zeit solche technische Umwälzungen, die Verwendung für das neugeschaffene Kapital bieten; und diese Zeiten sind eben die Sturm- und Drangperioden des Kapitalismus. Deshalb stellen die alten kapitalistischen Länder immer noch ein größeres Betätigungsfeld für das Kapital dar als die „Bauernländer". R. Luxemburg weist auf die angeblich raschere Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in Afrika und Asien als in Europa und Amerika hin. Das trifft aber gar nicht zu. In Europa ist das Eisenbahnnetz von 1900 bis 1910 um 50 000 Kilometer, in Amerika um 124 000, in Asien aber bloß um 40 000, in Afrika um 17 000 Kilometer ausgedehnt worden. . . . Dabei sind in Asien meist rein militärische Bahnen gebaut worden, die keineswegs im Interesse des Kapitalismus lagen.

Nun fragt aber R. Luxemburg: Ist es denn der Zweck der kapitalistischen Produktion, vermehrte Konsumtionsmittel für die Kapitalisten zu schaffen? Darauf kommt es aber gar nicht an. Niemand kümmert sich um den Zweck der Gesamtproduktion, sondern jeder Kapitalist jagt nach Profit; woher dieser auch kommen mag. Steigt die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln für die Kapitalisten, so schafft sich der Fabrikant auch neue Maschinen und Arbeiter an, um mehr Waren für diese zu produzieren. Gibt es aber eine Möglichkeit, auswärts gute Geschäfte zu machen, so wird jeder Kapitalist so viel wie möglich „sparen", um sich auch an ausländischen Unternehmungen zu beteiligen.

R. Luxemburg hat übersehen, daß für die Produktion überhaupt und deshalb auch für die Produktion von Mehrwert in fast jedem Lande keine Grenzen gegeben sind, daß aber die Schwierigkeiten der Realisation des Mehrwerts, abgesehen von der Proportionalität der Produktionszweige, im Sinken der Profitrate bestehen. In anderen Ländern ist die Arbeitsproduktivität höher, die Grundrente niedriger und die Profitrate höher. Dahin zieht das Kapital. Diese Länder möchte sich das Kapital auch unterwerfen, um den Extraprofit einzuheimsen. Kolonien sind dem Kapital eben als Quellen von Extraprofit, im Vergleich mit denen in den alten kapitalistischen Ländern, wertvoll. Ohne Kolonien wäre die Akkumulation viel langsamer, die kapitalistische Entwicklung weniger stürmisch, sie ist aber immer noch möglich.

Es erübrigt sich dabei, zu bemerken, daß der „Zweck" der kapitalistischen Wirtschaft keinen kategorischen Imperativ für das Proletariat darstellt. Das Proletariat kann das Bestreben der Kapitalisten nach Kolonien ebenso bekämpfen, wie es sich dem Verlangen derselben nach Herabsetzung der Löhne widersetzt. Die Aufbesserung der Arbeitslöhne erleichtert auch die Realisierung des geschmälerten Mehrwerts, um so mehr, als die Massenproduktion eine hohe Zusammensetzung des Kapitals hat. Jede Mark, die der Arbeiter mehr erhält, schafft eine neue Kapitalanlage für zehn und mehr Mark, so daß der Kampf der Arbeiter — mag dies auch vom Standpunkte des Kapitalisten widersinnig sein — den Markt für den Mehrwert schafft und die Kapitalsakkumulation im eigenen Lande ermöglicht.

Die Ausführungen von R. Luxemburg lassen sich natürlich noch von anderen Seiten anfechten. Es genügt aber wohl das Gesagte, um einzusehen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens war. R. Luxemburg wollte den Kapitalismus am Ende seines Daseins darstellen. In den 80er Jahren sah man die Profitrate rasch sinken und glaubte daher, mit dem Kapitalismus sei es bald zu Ende. Jetzt steigt die Profitrate wiederum. Nun entdeckt R. Luxemburg andere Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung, die zweifelsohne vorhanden sind, die R. Luxemburg aber weit übertreibt, sich zu einfach und deshalb auch unrichtig vorstellt. Das Verdienst von R. Luxemburg liegt darin, daß sie die Konsequenzen der kapitalistischen Entwicklung — wenn auch in übertriebener Weise — vor unseren Augen klar und drastisch dargelegt hat. . . .

Friedensbotschaften.

Noch gestern wiesen Blätter wie die Köln. Zeitung auf den wieder düsterer gewordenen internationalen Horizont hin, und heute wird die Welt mit Nachrichten überrascht, die die drohenden Wolken mit einem Schlage zerteilen. Die wichtigste der Friedensbotschaften kommt von der Wiener Neuen Freien Presse, der aus Konstantinopel gemeldet wird:

Der Friede ist gesichert. Der Ministerrat hat vorbehaltlich der Bestätigung durch den Sultan beschlossen, grundsätzlich eine der vorliegenden friedlichen Lösungen anzunehmen. Die Entscheidung wird am Donnerstag fallen.

Hoffen wir, daß die optimistische Meldung recht behält und nicht etwa einem Börsenmanöver entspringt. Jedenfalls steht sie im Einklang mit anderen Nachrichten, die von türkischem Nachgeben melden:

Konstantinopel, 21. Januar. Die Regierung hat sich endgültig zum Frieden unter bedingungsloser Uebergabe von Adrianopel entschlossen. Die Antwortnote soll heute abend überreicht werden.

Konstantinopel, 21. Januar. Die Pforte ließ durch ihre Botschafter den Mächten mitteilen, daß die Türkei, um den Wünschen der Großmächte nachzukommen und Frieden zu schließen, eine letzte Konzession gewähren könnte, die dahin geht, daß Adrianopel von einer türkisch-bulgarischen Beamtenschaft verwaltet wird. La Turquie zufolge sollen die Inseln eine Autonomie unter dem Schutze der Großmächte erhalten. Der Frieden soll dann baldigst abgeschlossen werden.

Welche der Nachrichten recht behalten wird, dürften die nächsten Tage lehren, zumal heute eine für die Pforte wichtige Entscheidung bevorsteht: die für gestern angekündigte Notabelnversammlung wird heute stattfinden, und über ihren Charakter wird gedrahtet:

Konstantinopel, 21. Januar. Nach einer längeren Beratung hat der Ministerrat endgültig beschlossen, die zur Abgabe eines Gutachtens bestimmte Versammlung für Mittwoch einzuberufen. Es wird versichert, daß die Versammlung nicht dazu berufen ist, Meinungen abzugeben, die das Kabinett verpflichten könnten. Die Regierung wird der Versammlung ein Exposé über die militärische und finanzielle Lage erstatten und ihr die diplomatische Korrespondenz mit den türkischen Botschaftern und die Erklärungen der auswärtigen Gesandten seit dem Ausbruch des Krieges mitteilen. Die Regierung wird auch ihre Entschlüsse auseinandersetzen. Die Versammlung wird also mehr einen informatorischen Charakter tragen. Sodann wird die Regierung ein Communiqué mit einer Auseinandersetzung ihrer Beschlüsse veröffentlichen. Die diplomatischen Dokumente und der Bericht des Generalstabes werden nach dem Friedensschluß in Form eines Rotbuches bekanntgegeben werden. Das Ergebnis der Versammlung wird dem Sultan unterbreitet werden, der einen Familienrat abhalten wird. Der bereits gestern vom Sultan mit den Prinzen abgehaltenen Beratung wird hier große Wichtigkeit beigemessen.

Wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, ist Verlauf und Erfolg der Notabelnversammlung vorauszukünden: die Regierung wird auf den Druck der Mächte, auf die Aussichtslosigkeit weiterer Kämpfe, auf die Kriegsmüdigkeit des Volkes hinweisen, das Ganze mit patriotischen Schlagern pfeffern — und die Notabeln werden zum Frieden raten, womit der Regierung ein Stück Verantwortung abgenommen ist. Und so dürfte denn die Meldung der Neuen Freien Presse recht behalten.

Eine andere Friedensbotschaft kommt aus London und lautet:

Es bestätigt sich, daß die rumänisch-bulgarische Grenzregulierung einem befriedigenden Ende entgegengeht. Man glaubt, daß noch in dieser Woche ein Abkommen unterzeichnet werden wird. Das Reutersche Bureau hat aus gut informierter Quelle erfahren, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rumänien und Bulgarien in Wirklichkeit sehr unbedeutend seien. Silistria beschäftige die beiden Regierungen nicht. Der wichtigste Punkt sei dadurch erledigt worden, daß Bulgarien sich bereit erklärt habe, an Rumänien einen Teil des Küstenlandes abzutreten, wodurch Rumänien in den Stand gesetzt werde, aus Mangalia einen Kriegshafen zu machen.

Mit dem angekündigten bevorstehenden bulgarisch-rumänischen Abkommen würde ein weiteres Hindernis für den Balkanfrieden aus dem Wege geräumt und Europas Völker könnten endlich wieder freier atmen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130122/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG